

KOMMENTAR

## Fragt die Ukrainer

Im Umgang mit den Flüchtlingen gibt es noch viel Ungeklärtes



Von Volker Neuwald

Gute Nachrichten sind rar gesät in diesen kalten und tristen Dezembertagen. Man muss sie mühsam suchen. Immerhin lassen sich die Ergebnisse des neuesten BaWü-Checks positiv interpretieren. Die Baden-Württemberger sind sich offenbar bewusst, dass die aus der Ukraine geflüchteten Menschen längere Zeit unserer Hilfsbereitschaft bedürfen. Eine große Mehrheit ist bereit, einen Beitrag zu leisten, damit die Schutzsuchenden den Winter in unserem Bundesland überstehen. Einige Einheimische sehen die Entwicklung mit Blick auf die weiter dynamisch wachsenden Ankunftsahlen kritisch und befürchten beispielsweise eine Überforderung der Schulen. Eine klar ablehnende Haltung gegenüber den Ukrainern ist aus den Zahlen des Instituts für Demoskopie Allensbach aber nicht herauszulesen. Im Gegenteil: Die Solidarität scheint auf einem breiten Fundament zu ruhen.

Die aktuelle Erhebung hat aber eine Schwäche: Wenn Allensbach die Baden-Württemberger über die Ukrainer befragt, sind in den Antworten naturgemäß viele Mutmaßungen enthalten. Jeder Vierte kann die Flüchtlingssituation am eigenen Wohnort nicht einschätzen. Ob die Geflüchteten nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückkehren oder dauerhaft hierbleiben? 49 Prozent meinen: Wahrscheinlich kehren sie zurück. Doch wer soll das genau wissen? Ähnlich ist es bei der Frage nach den Integrationschancen: 53 Prozent schätzen sie als „sehr gut“ oder „gut“ ein. Doch ob Integration gelingt, hängt von vielen Faktoren ab. Vor allem von den Ukrainern selbst. Dazu müsste man sie befragen. Rund 143.000 sind aktuell im Bundesland ver-

teilt. Eigentlich genug, um repräsentative Daten erheben zu können. Fühlen sich die Ukrainer gut aufgehoben bei den Deutschen? Woran fehlt es ihnen im Alltag? Welche Perspektiven sehen sie für sich nach Kriegsende? Eine solche Untersuchung gibt es bislang nicht. Wahrscheinlich sind Aufwand, Organisation und Kosten zu hoch. Die Ergebnisse würden mehr Klarheit schaffen und manche Mutmaßungen überflüssig machen.

Immerhin: Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ist das Interesse an Integrationskursen sehr hoch. Und viele Geflüchtete machen sich Hoffnung, sobald es geht wieder in die Heimat zurückzukehren, wird das Amt in einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland zitiert. Jetzt erleben die Baden-Württemberger und die ukrainischen Gäste bald ihr erstes gemeinsames Weihnachtsfest. Aber Achtung: 75 Prozent der Ukrainer gehören den orthodoxen Kirchen an. Sie feiern Heiligabend am 6. Januar. Es gibt noch so viel, was wir über diese Menschen nicht wissen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen.



ZAHL DES TAGES

90

Prozent der Rettungskräfte können sich laut des Berufsverbands nicht vorstellen, bis zur Rente in dem Beruf zu bleiben.

ZITAT DES TAGES

Uns geht's darum, die Bundeswehr deutlich voranzubringen.

**Christine Lambrecht**  
Die Bundesverteidigungsministerin zu den geplanten Investitionen.

KALENDERBLATT

**15. Dezember 2017:**  
Skirennfahrer Josef Ferstl gewinnt den Super-G von Gröden und sichert sich damit den ersten deutschen Weltcup-Erfolg in dieser Disziplin seit fast 27 Jahren. (dpa)

KOMMENTAR

## Zu wenig bezahlt

Die Grundsteuer dürfte im Südwesten wohl steigen



Von Martin Ferber

Es war noch nie wirklich vergnügungssteuerpflichtig, Kämmerer in einer Stadt oder einer Gemeinde zu sein. Wer nicht gerade einen prosperierenden Gewerbesteuerzahler in der eigenen Gemarkung hat, der die Kassen im Alleingang füllt, muss sehen, wie er über die Runden kommt. Klamme Kassen sind eher die Regel denn die Ausnahme, auch im Südwesten, gleichzeitig sind die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger wie die Aufgaben und Pflichten gewachsen. Gerne beschließen Bund und Länder neue Leistungen, die die Kommunen zu erbringen haben, ohne dass die Einnahmen mit den Ausgaben Schritt halten.

Und die Zeiten werden eher schlimmer als besser. Die stark gestiegenen Energiepreise und die Inflation belasten die kommunalen Haushalte enorm, auf breiter Front müssen die Städte Leistungen kürzen, Gebühren und Eintrittspreise erhöhen oder gar Einrichtungen schließen. Nach einer aktuellen Umfrage will fast jede zweite Stadt die Straßenbeleuchtung reduzieren, jede dritte plant, Schwimmbäder entweder ganz dicht zu machen oder den Betrieb massiv einzuschränken.

Wenn die Ausgaben steigen, richtet sich der Blick zwangsläufig auf die Einnahmen. Grundsteuer und Gewerbesteuer, über deren Höhe die Städte und Gemeinden selber entscheiden können, spielen dabei eine wichtige Rolle. Allein die Grundsteuer spült knapp 15 Milliarden Euro in die Kassen der Kämmerer. Die Versuchung ist groß, an dieser Schraube zu drehen. Zumal die Gelegenheit günstig ist. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss die Grundsteuer ab 2025 komplett neu geregelt werden. Noch bis zum 31. Januar haben alle

Grundstückseigentümer beim jeweils zuständigen Finanzamt die Grundsteuererklärung abgeben, auf deren Grundlage die Steuer neu berechnet wird. Die Finanzämter versenden bereits die ersten Bescheide mit der neuen Steuermesszahl.

Zwar beteuern Bundesregierung und kommunale Spitzenverbände ein ums andere Mal treuherzig, dass sich am Gesamtaufkommen der Grundsteuer nichts ändern werde. Doch gravierende Verschiebungen zwischen den Ländern und innerhalb der Länder sind schon jetzt absehbar. In strukturschwachen Regionen wird die Steuer eher sinken, dort aber, wo die Wertzuwächse in der Vergangenheit besonders stark waren, sind nach dem Verfassungsgerichtsurteil deutliche Steigerungen zwangsläufig. Auch wenn die jetzt von den Finanzämtern verschickten Bescheide noch nichts über die tatsächliche Höhe der Steuer aussagen, sollten sich die Besitzer wie Mieter im Südwesten darauf einstellen, ab 2025 mehr bezahlen zu müssen. Das ist der Preis, jahrzehntelang von den zu niedrigen Bewertungen ihrer Grundstücke profitiert und zu wenig bezahlt zu haben.

ANALYSE DES TAGES

## Dem russischen Raketenhagel darf man nicht tatenlos zusehen

Die Ukraine braucht zur Verteidigung dringend das Abwehrsystem „Patriot“

Die Lieferung des hochmodernen Raketenabwehrsystems „Patriot“ an die Ukraine wäre die richtige Antwort auf Wladimir Putins Zermürbungskrieg. Dessen Streitkräfte nutzen ihre strategische Überlegenheit in der Luft brutal aus, die zivile Infrastruktur des Nachbarlandes systematisch zu zerstören. Dem tatenlos zuzusehen, käme dem Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung gleich.

Die „Patriots“ geben den Verteidigern der Ukraine mindestens eine kleine Chance, sich gegen den Raketenhagel aus Moskau zu schützen. Die Abwehrfähigkeiten des Systems gehören zu den besten, was die amerikanische Militärtechnologie zu bieten hat. Sie schützt seit Langem zuverlässig Israel und andere Verbündete im Nahen Osten.

Da es sich um ein ausgesprochenes Verteidigungssystem handelt, gibt es keinen militärischen Grund, es der Ukraine vorzuenthalten. Dass Putin darin eine weitere Eskalation erkennt, ist nicht mehr als Rhetorik. Wie die vielen anderen Drohungen, die er gemacht hat, um die öffentliche



Von Thomas Spang

Meinung vorwiegend in Europa zu manipulieren.

Die Bedenken haben eher mit der Komplexität des Patriot-Systems zu tun. Da es sich um teure Technologie handelt, die nicht von der Stange kommt, müssen die USA die adäquate Ausbildung der ukrainischen Soldaten sicherstellen. Angesichts der brutalen Luftkampagne Russlands sollte dazu jede Anstrengung unternommen werden.

Bei all dem darf nicht vergessen werden, wer den Angriffskrieg mit einem Überfall

im vergangenen Februar begonnen hat. Und wer ständig an der Gewaltspirale dreht. Russland besetzt seit 2014 ukrainisches Staatsgebiet auf der Krim-Halbinsel und versucht sich Teile der Ost-Ukraine einzuverleiben.

Nach dem Völkerrecht haben die Opfer der Aggression das Recht, sich gegen die Angreifer zu verteidigen und für die Befreiung der besetzten Gebiete zu kämpfen. Daran allein sollte sich die Antwort des Westens orientieren. Das heißt F15-Kampfflugzeuge, die Moskau erreichen können, sollten ebenso tabu bleiben, wie Raketen und Drohnen mit großer Reichweite.

Aber die Ukraine benötigt alle möglichen Waffen, die es ihr erlauben, das eigene Staatsgebiet zu verteidigen und zu befreien. US-Präsident Joe Biden tut gut daran, die Lieferung der „Patriots“ so schnell wie möglich zu genehmigen. Denn ab dem neuen Jahr gibt es im Repräsentantenhaus neue Führer, die bereits angekündigt haben, der Ukraine nicht mehr so großzügig Waffen bereitstellen zu wollen.

PERSON DES TAGES

## Verliebt in die Demokratie

Als Nachrückerin von Heiko Maas wird Emily Vontz mit ihren 22 Jahren die jüngste Abgeordnete im Bundestag sein. „Klar werde ich auffallen als jüngste Bundestagsabgeordnete“, sagte Vontz am Mittwoch im saarländischen Losheim am See. Ihr gehe es aber nicht ums Auffallen, sondern darum, auch junge Politik zu machen. „Gerade junge Menschen, die genauso alt sind wie ich, sagen, sie finden es richtig gut, dass mal jemand in unserem Alter im Bundestag sitzt. Und jetzt ist auch die Zeit dafür.“

Die saarländische Juso-Landesvorsitzende sagte, sie freue sich auf ihre neue Aufgabe. „Ich werde da mit Respekt und Demut rangehen.“ Sie sei „sehr dankbar“ für die Chance. „Und ich bin sehr gespannt, was jetzt auf mich zukommt“, sagte sie. Vontz ist bei den Jusos, seit sie 16 Jahre alt ist, mit 17 Jahren trat sie in die SPD ein. Derzeit ist sie noch Kreisvorsitzende der Jusos Merzig-Wadern und im Ortsbeirat ihres Heimatortes.

An der Universität Trier studiert sie im vierten Semester Politikwissenschaften und Französisch. „Die deutsch-französischen Beziehungen, das ist mein Herzensthema“, sagte sie. Nach dem Abitur

sei sie für einen Internationalen Freiwilligendienst ein Jahr in Frankreich gewesen, das sie auf ihrem Instagram-Kanal als ihr „Lieblingsland“ bezeichnet und dort auch



Zur Person Emily Vontz

Mit ihren 22 Jahren wird Vontz die jüngste Abgeordnete im Bundestag sein. Foto: BeckerBredell/imagio

immer mal wieder Fotos aus dem Urlaub postet. Ansonsten seien Klima- und Umweltschutz und die Jugendbeteiligung ihre Schwerpunkte. Durch ihr Bundestagsmandat würde sie gern andere junge Frauen motivieren, in die Politik zu gehen.

Sie sei in die aktive Politik gekommen, nachdem sie in der Schulzeit bei „Jugend debattiert“ und dem Planspiel „Modell Europa Parlament“ mitgemacht habe. Sie spüre eine „Begeisterung und Liebe für Demokratie und Europapolitik“ und es mache sie betroffen, wenn Leute sagten, dass ihnen Politik egal sei. „Man merkt ja jetzt, wie wichtig es ist, dass wir in Deutschland in einer guten Demokratie leben.“

Der frühere Außenminister Maas hatte am Dienstag bekanntgegeben, dass er sein Bundestagsmandat niederlegen will. Der Volljurist aus dem Saarland war von 2013 bis 2018 Bundesjustizminister und anschließend bis Dezember 2021 Außenminister. Seitdem sitzt Maas als einfacher Abgeordneter für den Wahlkreis Saarlouis im Bundestag. Maas wird nach Informationen der Saarbrücker Zeitung im Januar in eine Berliner Anwaltskanzlei als Partner eintreten. dpa/BNN



Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH  
Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe



Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur

Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Lars Geipel  
Leitende Redakteure: Tobias Roth (Themen), Daniel Stahl (Online), Matthias Kuld (Print)

Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Politik, Südwestecho, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Ettlingen und Region: Christopher Töngi; Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Hardt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter J. Funk. Weitere leitende Redakteure: Alexei Makartsev; Martin Ferber; Daniel Streib (Politik); Sibylle Kranich (Südwestecho); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Andreas Jüttner (Kultur); René Dankert (Sport); Gerhard Wolf (Lokalsport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Stefan Proetel; Tina Givoni; Wolfgang Voigt (Karlsruhe); Heidi Schulte-Walter; Rainer Obert (Ettlingen); Michael Rudolphi; Bernd

Kamleitner (Baden-Baden); Frank Löhnig (Achern); Wilfried Lienhard, Ulrich Coenen (Bühl); Holger Siebnich, Swantje Huse (Rastatt); Dominic Körner (Hardt); Philip Sandrock, René Ronge (Pforzheim); Christina Zäpfel (Bruchsal); Christof Bindschädel, Hansjörg Ebert (Bretten); Annette Borschardt-Wenzel (Magazin und Gesellschaft, Fischer und Reiss); Cora Jahn-Rosemann (Beilagen und Sonderveröffentlichungen); Michael Schorpp (Personal und Technik); Marc Dietz, Kathrin Hurst (Technik und Gestaltung); Theo Westermann (Stuttgart); Stefan Lange, Bernhard Junginger, Christian Grimm (Berlin). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Rückstattung der Abonnementgebühren. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückstattung des Bezugsgeldes. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preisliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abstellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können nur schriftlich mit einer vierwöchentlichen Frist zum Monatsende angenommen werden. Bei Abstellungen zu einem anderen Termin erfolgt keine